

Vollkornblatt

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Bezirk Merseburg

Das "Vollkornblatt" erscheint mit täglichen Beilagen. Es ist Substitutions-Organ der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Behörden. Schriftleitung: G. Wäckerle & Bernward-Rudolph Nr. 260/5, 260/7, 260/8. Geschäftsverteilung mittels von 1 bis 2 Uhr. — Anzeigenschein: einseitig, 10 Zeilen, 10 Spalten, 10 Zeilen, 10 Spalten, 10 Zeilen, 10 Spalten.

Bezugspreis monatlich 2,00 RM. u. 0,30 RT. Subskriptionsgebühr, insgesamt 2,30 RT. für Abholer mündlich 0,50 RT. Vollbezugspreis 2,50 RT., durch Banküberweisung 2,70 RT., bei direkter Einzahlung an den Verlag 2,80 RT. — Einzelverkaufspreis 15 Pf. im Einzelverkauf und 10 Pf. im Kleinverkauf der Abnehmer. Druck- und Verlagsanstalt: G. Wäckerle & Bernward-Rudolph, Halle (Saale), Postfach 2010, Gera.

Vor der Ratstagung in Paris

Der Krieg in Ostasien China und Japan - Was tut der Völkerbund?

Wenn der Völkerbund am 16. November in Paris zu einer außerordentlichen Session oberhalb zusammentritt, wird er keine Entspannung, sondern vielmehr eine weitere überaus kritische Zuspitzung des chinesisch-japanischen Konflikts um die Mandchurie registrieren müssen.

Der Ratsschluß vom Oktober, der Japan eine Räumung der neu besetzten Teile und Einzugspunkte vorschrieb, ist nicht befolgt worden. Umgekehrt sind japanische Truppen weiter vorgedrungen, japanische Flugzeuge haben wiederum Bombenangriffe ausgeführt und in anderen chinesischen Gebieten, wie in Kwantung, ist es neuerdings zu Schießereien zwischen chinesischen und japanischen Truppen gekommen. Wo die Chinesen können, setzen sie sich zur Wehr und an der strategisch wichtigen Kwantung sind regelmäßige und blutige Schlägen mit wechselndem Erfolg abgefeuert. Das

An eine betraffene Intervention, die in anderen Zeiten zweifellos von den Vereinigten Staaten ernstlich erwogen werden würde, ist angesichts der kritischen Lage der amerikanischen Finanzen auf absehbare Zeit nicht zu denken. Das gleiche gilt für die Völkerbundsmächte, die nach dem Wortlaut der Satzung eigentlich verpflichtet wären, China mit allen Mitteln, einschließend der militärischen, zu schützen. Inzwischen wurde wahrscheinlich

Androhung wirtschaftlicher Zwangsmaßnahmen auf Grund des Völkerbundsstatuts und des Kellogg-Paktes genügen, um Japan zum Einlenken zu bringen. Aber die Regierung von Tokio hat be-

rechtigt Grund zur Annahme, daß die Großmächte zur Zeit nicht einmal in der Lage sind, zu wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen zu schreiten. Bei der Zusammenfassung des Welthandels, bei der ungeheuren Arbeitslosigkeit ist es ein überaus schwerer Entschluß, auf den Handel mit Japan zu verzichten. Japan ist nun einmal einer der größten Abnehmer der europäischen und amerikanischen Industrie und liefert selbst an das Ausland wertvolle Rohstoffe, deren Ausbleiben die Existenz zahlreicher Unternehmungen gefährden würde, ganz abgesehen davon, daß ein internationaler Boykott Japans durch den Völkerbund die Gefahr einer militärischen Intervention erheblich näherrücken würde.

Vor dem offenen Kriegsausbruch zwischen China und Japan?



Ein chinesischer Offizier erklärt der Zivilbevölkerung in Peking die Vorgänge auf dem Kriegsschauplatz.

alles schafft eine sehr ernste Lage, nicht nur für die unmittelbar beteiligten Staaten, sondern auch für alle indirekt im fernsten Osten besonders interessierten Regierungen und schließlich nicht zuletzt für den gesamten Völkerbund.

Als derzeitiger Ratpräsident hat Erland beide Staaten, insbesondere Japan ermahnt, die Wünsche des Rates zu befolgen, aber der bisherige Widerstand dieser Mahnung ist offensichtlich. Die Regierung von Peking beharrt immer wieder ihre Souveränität gegenüber dem Völkerbund, hat aber anscheinend die Generale in den weitestfernen Gebieten der Mandchurie nicht mehr in der Hand. Sie leisten nicht nur militärischen Widerstand, sondern sind zum Gegenangriff dort übergegangen, wo ihnen der Erfolg zu winken scheint. Die Regierung von Tokio hingegen versucht, die Wirksamkeit des Völkerbundsbeschlusses überhaupt zu bestritten und verschärft sich immer wieder hinter jenen Vorbehalt, dessen Anerkennung der Rat auf seiner letzten Sitzung ausdrücklich abgelehnt hatte. Sie erklärt, daß China horstet die „grundlegenden Prinzipien“ des Konflikts, also die „Rechte“ Japans in der Mandchurie, beschützen müßte, bevor Japan mit China über eine

etwaige Räumung der neu besetzten Ostasien überhaupt verhandelt.

Im übrigen begnügt sich Japan damit, die Wichtigkeit der neuen chinesischen Forderungen zu bestritten, die Schuld an den bisherigen Zusammenstößen auf die Chinesen abzuwälzen und vor allem mit dem Argument der chinesischen „Räuberbanden“ zu operieren. Da aber Japan zu gleicher Zeit einen chinesischen Vorschlag einer Entsendung von neutralen Sachverständigen an Ort und Stelle immer wieder kategorisch ablehnt, ist man berechtigt, seinen Darstellungen der Vorgänge das stärkste Mißtrauen entgegenzusetzen.

Wird es nun der Pariser Ratstagung gelingen, den sich immer weiter ausweitenden Konflikt beizulegen, der neuerdings um so bedenklichere Formen angenommen hat, als die

Sowjetunion aus ihrer bisherigen Neutrale hervortritt?

Man muß den Mut haben, den Tatsachen, mögen sie noch so unangenehm sein, ins Gesicht zu sehen. Deshalb muß zugegeben werden, daß die Aussichten für den Völkerbund, seinen Willen durchzusetzen und den Frieden im fernsten Osten zu erzwingen, gegenwärtig nicht gut stehen. Japan hat vielmehr mit vollem Bewußtsein für sein imperialistisches Vorgehen in der Mandchurie den Augenblick gewählt, von dem es meinte, daß die Großmächte unfähig zu einer energiegelassen Operation sein würden. Die Weltwirtschaftskrise nimmt die Regierungen in Europa und Amerika so hart in Anspruch, daß sie zur Zeit nicht in der Lage sind, zu energielosen Zugriffen auf China in der Mandchurie einzusetzen, wie sie es in anderen Zeiten zweifellos tun würden.

Dennoch darf der Völkerbund, so schwer seine Aufgabe auch sein mag, in seinen Bemühungen nicht nachlassen. Im französischen Auswärtigen Amt soll unter den Berufsdiplomaten bereits eine starke Mißstimmung gegen Erland vorhanden sein, weil er sich als Ratsspräsident im Mandchurien-Konflikt viel zu weit vorgewagt habe. Man sieht voraus, daß diese ganze Aktion mit einer moralischen Niederlage des Völkerbundes enden und obendrein zu einer Mißstimmung in Japan gegen Frankreich führen werde. Aus ähnlichen Erwägungen sind auch andere Ratsmächte betroffen, sich bei der weiteren Behandlung des mandchurischen Konfliktes möglichst zurückhalten. Die Stimmen aus Amerika klingen überaus gedämpft. Freilich besteht auf der anderen Seite die wachsende Sorge um die Haltung der Sowjetunion. Es wäre daher ernstlich zu erwägen, ob man nicht der russischen Regierung anheimstellen sollte, an der Pariser Ratstagung in der gleichen inoffiziellen Form mitzugreifen, wie es neuerdings die Vereinigten Staaten tun.

Sollte es dem Völkerbund nicht gelingen, China gegen den japanischen Raubzug zu schützen und den Konflikt in der Mandchurie zu beenden, so wird das für den Völkerbundgedanken eine schwere moralische Belästigung bedeuten. Aber es wäre eine Katastrophe, wenn die Welt den Einbruch gewinnen würde, daß der Völkerbund im Gefühl seiner derzeitigen Ohnmacht sogar auf den Versuch verzichtet, seine Mission als Friedensstifter zu erfüllen.

China und die Abrüstung

Auf die von mehr als 40 Staaten bereits mit mehr oder minder großen Vorbehalten angenommene Entschließung der letzten Völkerbunderversammlung über einen einjährigen Abrüstungsstillstand hat China am Dienstag eine für seine Lage bezeichnende Antwort erteilt.

Die chinesische Regierung erklärt sich bereit, den Vorschlag anzunehmen, doch hänge Chinas Schicksal und das der Abrüstungskonferenz von der Lösung des mandchurischen Konflikts ab, die dem Völkerbund unterliege. Würden sich der Völkerbundspakt und der Kelloggpat als Säulen des Friedens und der internationalen Gerechtigkeit erweisen, dann bedeuten die Abrüstungsstillstand und die Abrüstungskonferenz einen großen Schritt vorwärts in der Organisation des Friedens. Sollten aber diese Säulen durch ein bedauerliches Unglück sich als nicht haltbar erweisen, dann seien Regierung und Volk Chinas zu ihrem großen Bedauern gezwungen, allen anderen nationalen Aufgaben die Bildung eines Systems der nationalen Verteidigung voranzusetzen.

Das steht genug fest, um die Achtung vor der territorialen Integrität und politischen Unabhängigkeit Chinas zu erzwingen und gegen äußere Angriffe zu schützen.

Parlamentseröffnung in England

Streichung der Reparationsschuld

Das fordert die englische Arbeiterpartei - Aber unsere Deutschnationalen freuten sich über deren Niederlage

Die großreicheren Reden, die in den letzten 24 Stunden in London über die Politik Englands gehalten worden sind und die sämtlich nur zu dem Zweck gehalten zu werden pflegen, der Öffentlichkeit die unumkehrbaren

Ziele der Regierung bekanntzugeben, haben nicht ein Atom vom Redel zu zerstreuen vermocht, der diese Ziele verhillt. Woher die Rede des Premierministers auf dem Bankett des neugewählten Londoner Bürgermeisters am Montagabend noch die Rede des Königs am Dienstagmittag vor der Eröffnung des neuen Parlaments noch die des Premierministers während der Parlamentsdebatte am Dienstagabend haben den geistigen Anhaltspunkt über das, was die Regierung beabsichtigt.

Aus der Rede des Königs sei immerhin der Hinweis auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit anderen Ländern zur Verbesserung der Wirtschaftslage der Welt; und der Englands erwähnt.

Doch bedeutet das erfahrungsgemäß nicht, daß die neue englische Regierung nun die Initiative auf diesem Gebiet ergreifen wird. Das gleiche gilt von der sich begründenden Erklärung des Premierministers, mit der er auf einen Appell des Oppositionsführers Lansbury an die Regierung, sich für die Streichung der deutschen Reparationen einzusetzen, antwortete: „Solange menschlicher Wille der Welt eine unnatürliche wirtschaftliche Verfallung aufzwingt, wird die Welt niemals prosperieren.“ Im übrigen kam in der Rede des

Premierministers sehr oft das Wort Tariff und Antidumping-Maßnahmen vor, jedoch ohne daß man daraus irgendeinen Schluß auf die Absicht der Regierung ziehen könnte. Mac Donald sprach die Hoffnung aus, daß die gegenwärtige Sitzungsperiode kurz sein werde. Möglicherweise werde die Regierung vorher dem Parlament Bericht erstatten und es eventuell um Ermächtigung bitten. Ueberhaupt kamen auch die Worte notwendig und eventuell sehr häufig in der Rede vor.

Der Führer der Opposition, der Sozialist Lansbury, richtete an das Haus die Warnung, über dem nationalen Triumph den Kopf nicht zu verlieren. Es werde der Tag kommen, an dem England sich darüber Rechenschaft geben werde, daß 1931 ebenso wenig Anlauf gefunden habe zu triumphieren wie 1918. Die Wahlen seien in einer Weise geführt worden, die nur Unheil mit sich bringen konnte. Die Rede des Königs, sonst ein Dokument, in dem die Regierung ihre gegenüberliegenden Pläne darlegte, sei völlig inhaltslos gewesen. Das sei kein Wunder, da die Regierung sich in keinem Punkte habe einlenken können. Sie sei das merkwürdigste Gemisch, das man je als Regierung gesehen habe und außerdem betrügerisch zusammengesetzt bezüglich der wichtigsten inneren

politischen Frage, nämlich der Frage der Tarife. Am Schluß forderte Landoberrichter die Regierung auf, sich für die Streichung der deutschen Reparationen einzusetzen.

Die Schatzkammer sind unzufrieden

Die Rede Mac Donalds hat bei den Konfessionen gezielte Aufnahme gefunden. 200 Konfessionen raten gestern abend im Unterhaus zu einer Sitzung zusammen. Ein starker Anführer betonte baldhin die Notwendigkeit der Solidarität gegenüber dem Unzufriedenen der Partei.

Die Anhänger des Schatzkammer in der Konfessionen Partei verurteilten sich in einem bestimmten Sinne, um die Rede des Premierministers zu bekräftigen. Die Reden mit Mac Donalds Erklärungen über die Bekämpfung des Dumpings bei weitem nicht zufrieden zu sein, und sie planen einen Antrag einzubringen, in dem das Verhalten darüber angegriffen wird, daß in der Frage keine besonderen Maßnahmen zur Schaffung eines allgemeinen Zolltarifs ergriffen worden sind.

Sie können weiter hungern

Stages lehnt Winterhilfe ab. Der kommunistische Regi-Minister Stages hat seine Amtstätigkeit vor wenigen Wochen in einer Besprechung eröffnet, in der er erklärte, daß er den Kampf gegen die Hunger aufnehmen werde, daß er aber zunächst noch nichts über seine Tätigkeit sagen könne. Man solle vielmehr seine Taten abwarten. Am Dienstag haben seine Freunde zusammen mit den Reichsparteien im Braunschweigischen Landtag den Antrag auf Zahlung einer Winterhilfe an die Hilfsbedürftigen, die vier Jahre lang Winterhilfe nicht erhalten haben, abgelehnt.

Die Taten des Herrn Stages, die man abwarten sollte, scheinen also bestimmt nicht dem Gebiet der sozialen Fürsorge zu liegen.

Nationalsozialistische Wochen-Beiträge verboten

Der Oberpräsident der Provinz Sachsen hat die nationalsozialistischen Wochenzeitschriften „Der Trommler“ (Erfahrungsort Magdeburg) und der „Dazler Trommler“ (Erfahrungsort Wernigerode) auf Grund der Wiederholungen des Reichstagspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf die Dauer von drei bzw. vier Monaten verboten. Anlaß zu den Verboten gab es u. a. Ausführungen, die unrichtige Angriffe auf den Reichstagspräsidenten und die Reichsregierung enthielten.

Werte eines Nazi-Druckers:

Die Rainer Regi-Druckerei steht vor ihrem Ende. Sie hat ihrem gestarnten Personal gekündigt. Die Entlassungen werden bereits in dieser Woche erfolgen. Die Druckerei gehört nach einer Meldung des jetzt in Weidobroden gedruckten Rainer Regi-Blattes dem Prinzen Friedrich Christian zu Schaumburg-Lippe. Da die Druckerei sich mit dem Regi-Vertrag über einen Betrag von 11.000 Mk. verstanden hat, ist anzunehmen, daß der Schaumburger Prinz den Rainer den Rücken gekehrt hat.

Hegel

„So sehr diese Dialektik unbedeutend das letzte Wort aller Philosophie ist, so sehr ist es andererseits richtig, sie von dem wichtigsten Sein, den sie bei Hegel hat, zu trennen.“ Marx an Bakunin.

Vor hundert Jahren, am 14. November 1801, starb Hegel, der Philosoph der Zeit und der Berliner Universität, der bedeutendste Denker seiner Zeit. Schon allein die Tatsache, daß sich Marx bis in sein Alter hinein als „Schüler jenes großen Denkers“ bezeichnet hat, redet für sich, daß wir Sozialisten uns heute darauf besinnen, welche Bedeutung Hegels Werk zukommt und wie sich die Version des Philosophen in diesem Werte ausdrückt.

Hegel ist 1770 in Stuttgart als Sohn eines herzoglichen Beamten geboren. Das hervorragende Vermögen des Vaters förderte dem hochbegabten Jüngling einen von materiellen Sorgen unbefangenen Studiengang. Vom Stuttgarter Gymnasium kam Hegel ins Tübinger Stift, wo er 1788 gemeinsam mit Schelling und Helldorf in Heidelberg, doch tritt er als seine Freunde, den Ereignissen der großen französischen Revolution folgte. Schon in jungen Jahren vertritt Hegel jenen Zug ins Unendliche, den seine Philosophie später so vollständig ausdrückt. Im Herbst 1798 nahm Hegel eine Hauslehrerstelle in Bern an, die ihm Gelegenheit gab, sich eingehend mit den kantianischen Lehren des Schweizer Kantons zu beschäftigen. Die Jahre 1798 bis 1800 verlebte Hegel als Hauslehrer in Frankfurt an der Seite seines Jugendfreundes Schelling, dessen tragisches Schicksal wahrscheinlich einen tiefen Eindruck auf den heranreifenden Denker gemacht hat. Von 1801 an finden wir Hegel als Privatdozent für Philosophie in Jena. Hier arbeitete er in seiner kleinen, kongenialen Weise sein System über den Geist aus. Mit diesem Werk, das den Titel „Phänomenologie des Geistes“ führt, hat Hegel sein genialstes Werk geschaffen. Hier gibt er eine Entzifferung der menschlichen Geistesentwicklung, die von der Unmittelbarkeit des sinnlichen Bewußtseins bis zum Erkennen des philosophischen Bewußtseins führt und alle wesentlichen Gestal-

Krach im Rundfunk

Die Revolutionäre des Reichsbannerführers Höllermann

Ein Vortrag des Reichsbannerführers Höllermann am 9. November im Berliner Rundfunk hat die Bürokratie im Reichsinstitut für den Rundfunk zum Plan geleitet und die Reichsbannerführung in ausfallender Minderzahl verurteilt, gegen Preußen Stellung zu nehmen. Eine Einmütigkeit, die wohl nur dadurch zu erklären ist, daß aus dem Rundfunkbegegnen des Reichsinstituts der Innern ein wenig nachgeholt worden ist.

Der Saal selbst ist festgefüllt, doch Höllermann am Montagabend im Berliner Rundfunk als alter Frontkämpfer ein Vortrag über die Vorgänge am 9. November 1918 gehalten und er dabei selbstverständlich nicht verschwiegen hat, daß wir in Deutschland eine Revolution gehabt haben. Wie weit entfernt er davon gewesen ist, einen parteipolitischen Agitationsvortrag zu halten, wie die Reichsbannerführung, ohne Grund und ohne sachliche Angaben behauptet, zeigt die Tatsache, daß er u. a. gesagt hat: „Aber nicht wegen innerpolitischer Ziele, sondern für Deutschland schließlich sind die Arbeiter in den Krieg gezogen. Unsere besonderen innerpolitischen Zielsetzungen verschwand angesichts der besonderen Gefahren, die Deutschland bedrohten.“

Wir glauben, daß diese Sätze klar für die Zuhörer des Höllermannschen Vortrags sprechen und man es einfach nicht verstehen kann, wenn man aus diesem Vortrag einen Grund der parteipolitischen Neutralität des Rundfunks herauszieht. Wir glauben weiter, daß die beiden preußischen Mitglieder des politischen Überwachungs Ausschusses, die Herren Heilmann (Soz.) und Wibel (Christl.) gegen politischen Inhalt und Zielsetzung des Vortrags, um seinen Vortrag anzulassen, der die Neutralität des Rundfunks durchbricht. Uebrig bleibt also nur ein

höchst peinlich anmutender Versuch, einen Krach der Neutralität des Rundfunks durch Preußen konträr zu stellen. Die Organisation des Rundfunks ist, daß der Reichstags-Richtlinien befolgt hat, nach denen politische Überwachungs Ausschüsse und kulturelle Beiräte über die Darbietungen des Rundfunks zu wachen haben. In diesen politischen Überwachungs Ausschüssen, die drei Mann stark sind, sitzen immer zwei Vertreter des Landes, in dem der zu besprechende Sender liegt, und ein Reichsvertreter. Dieses Verhältnis (soweit dem Rundfunkbegegnen im Reichsinstitut, insbesondere seinem deutschen nationalen Leiter — aber ist er gar keine Regi — längt nicht mehr zu passen. Es müßte für das Reich eine Majorität werden und die Länder in den Hintergrund drängen. Demgegenüber ist festzustellen, daß nach der Befassung die Kulturpolitik Sache der Länder ist und der Rundfunk im wesentlichen ein Instrument der Kulturpolitik ist. Die Länder werden es sich also im Reichsrat auf die schärfste verbieten müssen, daß man ihre in den Richtlinien festgelegten Rechte verkürzen und die schärfstmöglichen Verhältnisse in den Überwachungs Ausschüssen ändern will. Ziel und Zweck des Vorstoßes der Ministerialbürokratie im Reichsinstitut ist zweifellos, den Rundfunk, der bisher tatsächlich überparteilich war,

den das realistische Gehörvermögen herbeizuleiten. Ingen das und mit allen denartigen Bestrebungen selbstverständlich scharf an und, wie zu erwarten ist, erfolgreich Widerstand entgegenzusetzen.

Im übrigen hätte das Rundfunkbegegnen im Reichsinstitut der Innern allen Anlaß gehabt, peinlich zu schweigen. Als nämlich bei einer Überwachungs Ausschüsse des Reichsinstituts anläßlich des Beschlusses der Reichspräsidenten hohe Militärs, die im Rundfunk sprachen, sich nicht an ihre vorgezeichneten Reden zu halten, hat man von der „Lebenspolitik“ und „Korrektheit“ der deutsch-nationalen Beiräte im Rundfunkbegegnen des Reichsinstituts nichts gemerkt. Anmerkungen dieser Art scheinen die Herren nur zu bekommen, wenn Republikaner reden. Man stelle sich vor, Höllermann wäre ebenfalls von seinem Mandat zurück abgewiesen.

Die Hätten die Herren nicht geschwiegen. So bedeutet der „Fall Höllermann“, den man jetzt konträr und in Eigne gesetzt hat, mindestens zugleich einen „Fall Scholz“, das heißt der Fall des Herrn, der keine Republikaner sein kann und doch in dieser Republik immer noch beschäftigt wird.

Hoover-Moratorium verlängert?

Noch keine Einigung bei den deutsch-französischen Verhandlungen

Der französische Botschafter in Berlin, Francois Bonnet, hatte am Dienstag nicht nur eine Unterredung mit Brand, sondern er suchte auch den Präsidenten der Republik und später den Finanzminister Mandin an. Heute nachmittag tritt er die Rückreise nach Berlin an.

Strenge Diskretion ist bei den Verhandlungen der Botschafter D. Joseph und Francois Bonnet mit Brand bisher nicht ergriffen worden. Man verhandelt immer noch über die Befugnisse des Sachverständigen Ausschusses in Bezug auf die kurzfristigen Kredite, ohne daß irgend eine Annäherung zwischen dem französischen und deutschen Standpunkt zu bemerken wäre.

Der „Gezetter“ erklärt am Mittwoch, die französische Regierung wäre erst, dann einverstanden, daß parallel zur der Taging des im Young-Plan vorgesehenen beratenden Ausschusses eine Vermittlung von Sachverständigen zur Prüfung der Kreditfrage stattfinden. Die Hänge ohne Vereinbarung der beiden Ausschüsse zu lassen, die darauf hingewiesen würde, die Schlichtungen des einen demes des anderen Ausschusses unterzogen. Man sei in Paris mit Recht darüber erfreut, daß die deutsche Regierung für die Freimachung der Kredite Garantien und Pfänder geben sollte, die sie für die Reparationen liefert abgelehnt hat.

Der Berliner Korrespondent des „Journal“, was aus gut unterrichteter diplomatischer Quelle erfahren haben, daß Deutschland bei den gegen-

Nazis provozieren

Einiger Zusammenstoß vor dem „Reichstag“ in Bremen

In Bremen ist es bereits am Donnerstag und Freitag in einzelnen Stadteilen zu kleineren Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und politisch Andersdenkenden gekommen, die auf das provokatorische Auftreten der Nationalsozialisten zurückzuführen sind, denen das Tragen ihrer Parteiflaggen in Bremen nicht verboten ist. Am Montagabend in Bremen nicht verbotenen ist. Am Montagabend in Bremen nicht verbotenen ist. Am Montagabend in Bremen nicht verbotenen ist.

Genau ist es bereits am Donnerstag und Freitag in einzelnen Stadteilen zu kleineren Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und politisch Andersdenkenden gekommen, die auf das provokatorische Auftreten der Nationalsozialisten zurückzuführen sind, denen das Tragen ihrer Parteiflaggen in Bremen nicht verboten ist. Am Montagabend in Bremen nicht verbotenen ist. Am Montagabend in Bremen nicht verbotenen ist.

Diese einseitige Maßnahme des Volkes hat die unheimliche Stelle zu einem schmerzlichen Verstoß gemacht, denn es steht einmündig fest, daß die Zwischenfälle durch die Nationalsozialisten provoziert worden sind. Um Dienstag hat in der ganzen Stadt Bremen eine starke Unruhe festzustellen, die insbesondere auf den Stempelstellen zum Ausdruck kam.

Hoover-Moratorium verlängert?

Noch keine Einigung bei den deutsch-französischen Verhandlungen

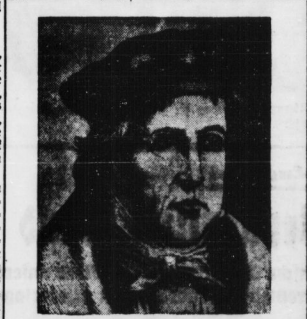
Der französische Botschafter in Berlin, Francois Bonnet, hatte am Dienstag nicht nur eine Unterredung mit Brand, sondern er suchte auch den Präsidenten der Republik und später den Finanzminister Mandin an. Heute nachmittag tritt er die Rückreise nach Berlin an.

Strenge Diskretion ist bei den Verhandlungen der Botschafter D. Joseph und Francois Bonnet mit Brand bisher nicht ergriffen worden. Man verhandelt immer noch über die Befugnisse des Sachverständigen Ausschusses in Bezug auf die kurzfristigen Kredite, ohne daß irgend eine Annäherung zwischen dem französischen und deutschen Standpunkt zu bemerken wäre.

Der „Gezetter“ erklärt am Mittwoch, die französische Regierung wäre erst, dann einverstanden, daß parallel zur der Taging des im Young-Plan vorgesehenen beratenden Ausschusses eine Vermittlung von Sachverständigen zur Prüfung der Kreditfrage stattfinden. Die Hänge ohne Vereinbarung der beiden Ausschüsse zu lassen, die darauf hingewiesen würde, die Schlichtungen des einen demes des anderen Ausschusses unterzogen. Man sei in Paris mit Recht darüber erfreut, daß die deutsche Regierung für die Freimachung der Kredite Garantien und Pfänder geben sollte, die sie für die Reparationen liefert abgelehnt hat.

Der Berliner Korrespondent des „Journal“, was aus gut unterrichteter diplomatischer Quelle erfahren haben, daß Deutschland bei den gegen-

tungen des Menschen — Kunst, Staat, Recht, Religion, Philosophie — in sich begriffen. Raum heißt es weiter so tief in den Geist der Hegelschen Philosophie eingedrungen wie Karl Marx, der in einer von mir im Marxismus Nachschuß angeführten Schrift von diesem Werk erzählt:



Georg Friedrich Wilhelm Hegel.

„Das Große an der Hegelschen Phänomenologie und ihrem Eindeutigkeit der Dialektik, der Negativität als das Bewegende und erzeugende Prinzip — ist also einmal, daß Hegel die Selbstzeugung des Menschen als einen Prozeß sieht, die Berggegenständlichkeit als Entgegenständlichung, als Entzweiung und als Aufhebung dieser Entzweiung, daß er also das Wesen der Arbeit sagt und den gegenständlichen Menschen — als Resultat seiner eigenen Arbeit begreift.“ Marx erweitert hier nur den Begriff der Arbeit, der bei Hegel vornehmlich auf die geistige Arbeit zielt, indem er auch die materielle Arbeit in den gegenständlichen Wesen des Menschen einbezieht. Dennoch wäre es ungetreut, in der Hegelschen Philosophie nur eine abstrakte Weltanschauung sehen zu wollen. Kein Denker hat wohl so streng mit dem Konkreten gerungen wie

Hegel. Seine Philosophie ist in der Tat — keine Welt, „in Gedanken gefaßt“. So vollkommen Hegel auch in seine Epoche, die Zeit des vollendeten Individualismus, zusammenfaßt, dennoch sieht er bereits tief, wie nach ihm wiederum nur Marx, in das Wesen der industriellen und bürgerlichen Gesellschaft hinein. Ihr Schicksal ist die Stützung der bürgerlichen — Gegenlagen von Bürgerium und Arbeit, wie der Widerspruch für Hegel, der niemals so lautete. „Es kommt hierin zum Vorschein“, schreibt Hegel in seiner Rechtsphilosophie, „daß bei dem Uebermaß des Rechts das bürgerliche Gesellschaft nicht reich genug ist, d. h. a. in dem ihr eigentümlichen Vermögen nicht genug besitzt, dem Uebermaß der Armut und der Erzeugung des Übels zu steuern.“ Durch diese Idee der Dialektik wird die bürgerliche Gesellschaft über sich hinausgetrieben. ... Man sieht, wie ein Werk reinerer Denker Hegel doch ist. Es ist zu verstehen, daß der Philosoph Hegel, der in seinen jungen Jahren noch das anregende Zeitalter der Aufklärung erlebte und dann die deutsche Romantik in sich aufnahm, in seiner Selbstzeit an eine Aufhebung jener dialektischen Gegensätze von Bürgerern und Arbeitern glaubte, die er von der Ausbreitung der Arbeit handelt und des Weltverkehrs erhoffte. Karl Marx jedoch wie nach Hegels Tode — den bürgerlichen Hochkapitalismus vor Augen — die Hegelsche Lösung als Scheinlösung nach. Die Hegelsche Lösung des Gegensatzes von Arbeit und Bourgeoisie ist für Marx die sozialistische Gesellschaft.

In seiner Jünger Zeit steht Hegel im Schatten des genialen Metaphysikers Schelling, dessen Gedankenkreise, nach einer kurzen Überbrückung zeitlich, die Hegel als Reaktort einer Tageszeitung in Bamberg verbringt, wird er 1808 Gymnasialdirektor in Nürnberg. Hier findet er die Ruhe, um seine zweiwändige „Logik“ auszuarbeiten. Im Jahre 1818 führt Hegel wieder zur Universität Jena zurück, er wird Professor an der Universität Heidelberg. Von dort wird er nach Berlin berufen, wo er bis zu seinem Tode gemittelt hat. In Berlin wurde Hegel bald zum geliebten Zentrum der Universität. Trotz seiner geringen rechnerischen Begabung führten seine Ideen die Welt und die Welt seiner Epoche. Eine Epoche zu Ende. In Hegels Denken war die noch einmal zusammengefaßt, wenn auch schon in etwas milder Resignation: „Wenn die Philo-

sophie ihr Grau in Grau malt, dann ist eine Welt des Lebens alt geworden, und mit Grau in Grau ist die Welt nicht verfliegen, sondern nur erkennen; die Erde der Minerva beginnt erst mit der einbreitenden Dämmerung ihren Zug.“

Erk der junge Karl Marx forschte über der Philosophie nicht die Interpretation der Welt, sondern ihre Veränderung als Bewusstseins- und „Aufhebung“ der Philosophie. J. P. Mayer.

Bücherecke Die Robbottische

„Gestaltung durch bitumenartige Lösung von Eisen- und Nickel, 300 Teile, ertrudt und bewahrt, mit Spirituslösung, Anwendung zur Herstellung von Robbott. Rezipiente Gemisch aus bitumen und vegetabilischen Ölen. Mit Anhang: Tabelle der Eigenschaften in Kraftstofflösungen und einem Verzeichnis der Robbott-Produkte. Von dem Verfasser Dr. med. R. R. Reim. Mit zahlreichen Bildern aus Robbott-Produkten. Herausgegeben von der Robbott-Produktion. 16. — 21. Seiten in Leinen gebunden. Preis 2,00 Mk., gebunden 3,50 Mk. (Herausgeber 30 Mk.)“

Wichtig! Anferbrand ist, wie kaum eine andere Frau, berufen, aus ihrem Leben und Erlebenssinn ein modernes Bewußtsein für die neue Erde zu schreiben. In Hunderten von praktischen Werken und auch Vorträgen hat sie in manchem Jahre quer durch ganz Deutschland schon seit Jahrzehnten als eine der ersten Frauen die neue Ernährungstheorie verbreitet. Seit Jahrzehnten hat sie ihre Lehre an der Seite des bekannten Lebensreformers Rudolph Anferbrand gelebt und erprobt. Besonders bewähren werden alle Norddeutschen die Durchführer, die in Süddeutschland viel zu wenig bekannt sind. Auch die „Robbott-Produktion“ bringt selbst einen alten Robbottprodukt mannes Reue. Die „Robbott-Produktion“, von Schemel bis zum Hauptverleger, fand ich in dieser Vollkommenheit bewährte noch nicht behandelt. Alles in allem: Das bewährte Robbott-Produkt ist, das wir uns brauchen, auf das wir uns verlassen haben! Dr. med. W. B. B.

Das Treffbuch an der Sitzsaule

Was muß ein Mensch angebotener Zug sein, die Lust am Schreiben und Bemalen von Wänden. Die ersten Kunstprodukte von menschlicher Hand überhaupt sind ja auch auf Wänden gemalt worden, und wer erinnerte sich nicht an feiner Kindelei des Bergmanns, das darin befindlich auf Bauzügen und Bauarbeiten die Porträte seiner Spielkameraden anzubringen und darunter zu schreiben: Karl ist doß, oder: Paul ist ein Geiß. In der Zeit der Indiarerzählungen und Karl-May-Lektüre mandete sich dieser Brauch zu geheimnisvollen Notizen an der Schulmauer, Mitteilungen von Verschwörungen an Gefährten, wozu man sich im Versteckten den Schlüssel hatten. Auch das Beschrifteten mit Begrammierung durch Kreidestrich auf



Das Treffbuch an der Aufschlagmauer auf dem Rathausplatz in Hannover.

dem Boden oder an den Wänden gehört dazu. Dieses Vergnügen aber meist mit der Schulzeit und pflegt bei Erwachsenen nur vor den Wänden wieder aufzutreten, wenn logenmetri, Schmelze-Isolations- nachträgliche durch die Strafen ziehen und mit Zier und Nennigkeit die Portale der jeweiligen Partei auf dem Straßenpflaster oder auf besonders günstigen Stellen verewigen. Das über eine betriebl. öffentliche Tätigkeit sogar von einer Stadtemanualung propagiert und unterstützt wird, dürfte neu sein. In Hannover geschieht es so etwas. Dort hat der Magistrat an sämtlichen Sitzsäulen der Stadt ein nur mit einem Kopf, Hannoverisches Treffbuch, Notizen für Verpöleten verlebendes weiches Material angebracht, auf dem jeder nach Vergnügen einschreiben darf, was er will. Welche Witzspiele es eröffnen sich da! Wie viele Konflikte zwischen Nebenben werden vermieden und wieviele werden neu heraufbeschworen. Man denke nur einmal daran, wie oft eine eben erst erlöschte Liebe wieder zugrunde gegangen ist, weil der ober die Erwartete sich um fünf oder zehn Minuten verspätete, und der ober

Wo ruft die Pflicht?

Freitag, den 13. November, abends 8 Uhr, findet im „Hollspatz“ eine große Funktionär-Versammlung statt. Reichstagsabgeordneter Genosse Saupé (Wetzlar) spricht über das Thema: Die Lehren von Sarajewo und Brinnischweig. Hierzu sind alle Partei-, Gewerkschafts-, Reichsbanner- und Sportfunktionäre eingeladen. Wir erwarten pünktliches und vollständiges Erscheinen. Eintritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches der Sozialdemokratischen Partei. Der Aktionsausflug. In dieser Woche finden folgende Ortsbesichtigungsveranstaltungen der SPD, statt: Donnerstag, den 12. November, abends 8 Uhr: 4. Ortsbesichtig. Refl. Mar Klippe, Garbenbergstraße. Redner: Willi Wolf (Galle). 7. Ortsbesichtig. Refl. Jagdschlöß. Arbeitersekretär Genosse Erich Müller spricht über die Lehren aus der Sozialversicherung. 9. Ortsbesichtig. Refl. „Zum gemüllerten Frey“ Stadterordnete Genosse Flecken spricht über das Thema: Die Auswertung der Nachberichtigungen auf dem Gebiete der Sozialversicherung. 12. Ortsbesichtig. Refl. „Bernhardshaus“. Landtagsabgeordneter Genosse Reinhold Dreyer spricht über „Politische Gegenwartsfragen“. Die Mitglieder werden ersucht, in diesen Versammlungen pünktlich und pünktlich zu erscheinen. Das Sekretariat.

Richtlinien für Stadtrand-Siedlung

Dilfe für Erwerbslose, aber keine neuen Existenzen

Die Richtlinien der Reichsregierung für die Errichtung von Stadtrand-Siedlungen und Schrebergärten sind fertiggestellt. Sie zeigen, daß die Projekte, die im Anfang davon trüben, Arbeitslose nach Hunderttausenden zu Gärtnern und Kleinrentnern zu machen, die sich ohne Hilfe der Arbeitslosenfürsorge auf 2 bis 4 Morgen Land selbst unterhalten können, unter dem Druck der öffentlichen Kritik viel Wasser in den Wein schütten mußten. Der Optimismus und die Illusionen dieser Leute haben eben der nackten Wirklichkeit nicht standgehalten. Die selbstbaute Fläche an der Peripherie der Städte ist wohl geeignet, zu einer Verbesserung der Lebenshaltung beizutragen. Die Möglichkeit einer neuen Existenz gibt sie nicht. Daraus ist zu folgern, daß eine Kürzung der Unterhaltungsätze für die erwerbslosen Stadler nicht in Frage kommen kann. Nach den Richtlinien werden die Gemeinden und Gemeindeverbände Träger der ganzen Aktion sein. Sie können auf die bestehenden Siedlungs-gemeinschaften zurückgreifen. Die finanzielle Seite der ganzen Unternehmung beruht nun auf sich, daß eine Stadtrand-Siedlung etwa 3000 Mark kostet. Die angewandte Eigenarbeit wird mit 500 Mark angenommen. Die Schrebergärten

sollen rund 100 Mark an Aufwendung erfordern. Bei der Errichtung sollen Unternehmer herangezogen werden, soweit ihre Angebote billig und angemessen erscheinen. Im übrigen muß auf die eigene Arbeit der Stadler und Kleinrentner verwiesen. Die angebotenen Flächen verlieren sich ohne Boden. Den Boden haben die Städte zur Verfügung zu stellen, und zwar in Erbpacht oder nach den Richtlinien der Heimstättenföderung. Für die ganze Aktion stehen für ein halbes Jahr monatlich 8 Millionen Mark zur Verfügung. Beim Prozent dieser Summe sollen für die Errichtung von Schrebergärten verbandt werden, der Rest soll für Randföndelungen dienen. Jedoch ist das Verhältnis von 10:90 als Mindestmaß zu verstehen. Die einzelnen Gemeinden können, je nach der Lage und nach der Nachfrage, den Satz von 10 Prozent für Schrebergärten überschreiten. Die Sozialdemokratie hat gefordert, daß für die Schrebergärten größere Summen zur Verfügung gestellt werden. Sie verweist damit den Zweck, möglichst viele Arbeitslose zu Schrebergärtnern zu verschicken. Die Gemeinden haben es jedoch in der Hand, hier eine Korrektur vorzunehmen.

Die „Krimi“ klärt auf

Zwei wichtige Kriminalfälle finden ihre Aufklärung

ein Mordfall das Motiv zur Tat gewesen sein muß, fand bisher nach dem ersten Stadium der kriminalpolizeilichen Ermittlungen kein. Eine halbförmige Stellung mittelst, war schon damals bekannt, daß Bauer Drobrieffe erhalten hat. Die Briefe wurden aber nicht gefunden — obwohl Bauer nun jedes niedrige Schriftstück aufbewahrt. Da nun auch Bauers Schlüsselbund fehlte, ist anzunehmen, daß der Mörder nach der Mordtat die Briefe aus dem Schreibtisch Bauers im Kontor nahm und sie vernichtete. Hier greift die Vermutung ein, daß Zinke, der ja im Kontor genau Bescheid wußte, mit in die Affäre hineinverwickelt ist. Ueber die bisherigen Vernehmungen teilte die Kriminalpolizei im Interesse der sachlichen Durchführung der Angelegenheit nichts mit. Sie wird

ein Mordfall das Motiv zur Tat gewesen sein muß, fand bisher nach dem ersten Stadium der kriminalpolizeilichen Ermittlungen kein. Eine halbförmige Stellung mittelst, war schon damals bekannt, daß Bauer Drobrieffe erhalten hat. Die Briefe wurden aber nicht gefunden — obwohl Bauer nun jedes niedrige Schriftstück aufbewahrt. Da nun auch Bauers Schlüsselbund fehlte, ist anzunehmen, daß der Mörder nach der Mordtat die Briefe aus dem Schreibtisch Bauers im Kontor nahm und sie vernichtete. Hier greift die Vermutung ein, daß Zinke, der ja im Kontor genau Bescheid wußte, mit in die Affäre hineinverwickelt ist. Ueber die bisherigen Vernehmungen teilte die Kriminalpolizei im Interesse der sachlichen Durchführung der Angelegenheit nichts mit. Sie wird

Feiernde Hände und Köpfe

Fröhe Arbeitsmarktberichte aus dem Reich, aus Mitteldeutschland und aus Halle

4622 000 suchen Arbeit. Der neue Bericht der Reichsanstalt über die Arbeitsmarktlage im Reich lautet im wesentlichen folgendermaßen: Die beschäftigten Arbeiterzahl ergab für den 31. Oktober eine Arbeitslosenanzahl von rund 4 622 000. Seit dem Stand vom 15. Oktober, der sich nach den endgültigen Meldungen auf rund 4 584 000 Arbeitslose belief, ist somit eine Zunahme um rund 138 000 eingetreten, die im wesentlichen aus der Rückbildung der jahreszeitlichen Bewegung am Arbeitsmarkt besteht. Die Gesamtzunahme seit dem tiefsten Stand Ende Juni beläuft sich auf rund 668 000, während im Vorjahre zum Zeitpunkt bis Ende Oktober ein Anstieg der Arbeitslosigkeit um rund 617 000 zu verzeichnen war.

unterstützung und 108 477 = 27,0 Prozent Wohlfahrtsunterstützung. Die Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung sind gegenüber dem Stand vom 15. Oktober um 5022 Personen zum Nachteil der Arbeitslosenversicherung, die einen Zugang von 3946 Personen in der gleichen Richtung zu verzeichnen hatte, zurückgegangen.

Starkes Anwachsen in Mitteldeutschland

Das Anwachsen der winterrlichen Arbeitslosigkeit hat sich in der zweiten Oktoberhälfte im Bereich des Landesvereins Mitteldeutschland besonders deutlich fortgesetzt. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen stieg von 396 994 (davon 171 680 weibliche) am 15. Oktober um 4276 auf 401 270 (davon 72 413 weibliche) Personen am 31. Oktober. Besonders stark waren die Zugänge im Baugewerbe mit 1600, in der Landwirtshaft und Gärtnerei mit 652, der Textilindustrie mit 450 und im Verkehrsgewerbe mit 475 Personen. Der Arbeitslosenberaubung mußte infolge harter Winterverhältnisse während der Sommermonate im Oktober Arbeitskräfte aufnehmen, außerdem konnte bei Beginn der ungünstigen Witterung nicht die gesamte Abraumtätigkeit wie im Vorjahre stillgelegt werden. Von den vorhandenen 401 270 Arbeitslosen erzielten am 31. Oktober 105 030 = 26,2 Prozent vermittlungsmäßige Arbeitslosenunterstützung, 112 467 = 28,0 Prozent Arbeits-

Jeder neunte Hallenser arbeitslos. In der zweiten Oktoberhälfte hat die Zahl der Gewerkschaften in Halle stark zugenommen; sie ging von 21 834 auf 22 358 heran. Während die Zugänge bei den Männern 689 betrug, trat bei den Frauen ein Rückgang um 165 ein. Im gesamten Bezirk stieg die Arbeitslosenanzahl von 45 075 auf 45 480; außerhalb Halle ist die Arbeitslosenanzahl um 119 zurückgegangen. Die Zahl der halbförmigen Unterstützungsempfänger stieg von 109 796 auf 111 035. Entlassungen erfolgten in der Betriebszeit hauptsächlich im Metallgewerbe und in der Angestelltenberufung; besonders scharf trat die Lage in der Holzgewerbeindustrie und in der Chemie. Im Baugewerbe erfolgten Entlassungen und Entlassungen, was hauptsächlich auf den Witterungsunfall zurückzuführen ist. Daneben konnte durch den Beginn der Witterungsperiode der Arbeitsmarkt entlastet werden. Nicht nur Zufuhrarbeiten, auch landwirtschaftliche Betriebe, die Befragungen für die Futterkampagne und die außerbetriebliche Beschäftigten stellen weitere Arbeitskräfte ein. Diese Bewegung hat sich im Kreise Querfurt zu ähnlich ausgeprägt, daß die Zahl der Arbeitslosen von 2634 auf 1769 zurückging. Die Rückenernte kam nicht nur den Landarbeitern zugute, auch berufsfremde Arbeiter wurden eingestellt. Bei den weiblichen Berufsarten hatten die häuslichen weiblichen Berufe eine starke Abwanderung in die Häusern- und Pflanzenernte zu verzeichnen.

Der Zeitpunkt, wo in immer steigendem

erst mit Rücksicht der Berechnungen die Öffentlichkeit von deren Ergebnissen in Kenntnis setzen.

Berechnungen in der Kautschuk-Kredit

Durch umfangreiche Ermittlungen ist es jetzt gelungen, den bisher fehlenden Kreditfall an die Witwe Dr. Heubach in der Reichensstraße 22 reflux zu klären. Durch die Teilnahme der Witwe sind einige weitere geplanter Kreditüberläufe in der näheren und weiteren Umgebung von Halle verhindert worden.

Mit dieser Dringlichkeit diese Darlehen in der Folgezeit vergeben wollten, ist daraus zu entnehmen, daß sie sich systematisch vorher mit Waffen versehen hatten. Berechnungsgemäß wurden den einzelnen Mitgliedern dieser Bande Waffen besetzt.

Vor Verübung des Überfalls auf die Witwe Krebs fand in der Wohnung eines Zeichners eine Berechnung statt, die in demselben Maße die Ausführung erörtert worden sind. In der Wohnung des Zeichners, der der Witwe in der Reichensstraße wohnte, wurde ein aus der Reichensstraße abgehender Wagen bei der Berechnung wurde auch beobachtet, daß ein Mann im Falle eines Rückzuges aus der Wohnung der Witwe Krebs nach dem Verlaß der Wohnung die gleiche Berechnung erörtert worden sind. In der Reichensstraße wohnte ein aus der Reichensstraße abgehender Wagen bei der Berechnung wurde auch beobachtet, daß ein Mann im Falle eines Rückzuges aus der Wohnung der Witwe Krebs nach dem Verlaß der Wohnung die gleiche Berechnung erörtert worden sind.

Neuregelung der Aufwertung

Die neueste Notverordnung des Reichspräsidenten

Der Reichspräsident hat am Dienstagabend auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung eine Verordnung über die Aufwertung von Forderungen in Kraft gesetzt. Die Verordnung stellt vor, daß die Schuldner, die durch die Veränderung der allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse überfordert worden sind, in verschiedenen genau umschriebenen Fällen bis zum Ablauf des 30. November 1931 bei der Aufwertung der Forderungen auf Bewilligung einer Aufwertungshypothek nach dem in dem Gesetz vorgesehenen Verfahren kommen. Vorausgesetzt ist, daß die durch die Veränderung der allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse verursachte Überforderung nicht durch in keinem früheren Aufwertungsgesetz enthaltenen Bestimmungen geregelt ist. Dieser Verordnung sind die beteiligten Organisationen, mit denen die Frage erörtert ist, im wesentlichen einverstanden.

Die Voraussetzungen, unter denen die Aufwertungshypothek bewilligt werden kann, sind in dem Gesetz über die Aufwertungshypothek vom 18. Juni 1930.

Die Voraussetzungen, unter denen die Aufwertungshypothek bewilligt werden kann, sind in dem Gesetz über die Aufwertungshypothek vom 18. Juni 1930.

Der Reichspräsident hat am Dienstagabend auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung eine Verordnung über die Aufwertung von Forderungen in Kraft gesetzt. Die Verordnung stellt vor, daß die Schuldner, die durch die Veränderung der allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse überfordert worden sind, in verschiedenen genau umschriebenen Fällen bis zum Ablauf des 30. November 1931 bei der Aufwertung der Forderungen auf Bewilligung einer Aufwertungshypothek nach dem in dem Gesetz vorgesehenen Verfahren kommen. Vorausgesetzt ist, daß die durch die Veränderung der allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse verursachte Überforderung nicht durch in keinem früheren Aufwertungsgesetz enthaltenen Bestimmungen geregelt ist. Dieser Verordnung sind die beteiligten Organisationen, mit denen die Frage erörtert ist, im wesentlichen einverstanden.

Die Voraussetzungen, unter denen die Aufwertungshypothek bewilligt werden kann, sind in dem Gesetz über die Aufwertungshypothek vom 18. Juni 1930.

Die Voraussetzungen, unter denen die Aufwertungshypothek bewilligt werden kann, sind in dem Gesetz über die Aufwertungshypothek vom 18. Juni 1930.

Die Voraussetzungen, unter denen die Aufwertungshypothek bewilligt werden kann, sind in dem Gesetz über die Aufwertungshypothek vom 18. Juni 1930.

Die Voraussetzungen, unter denen die Aufwertungshypothek bewilligt werden kann, sind in dem Gesetz über die Aufwertungshypothek vom 18. Juni 1930.

Die Voraussetzungen, unter denen die Aufwertungshypothek bewilligt werden kann, sind in dem Gesetz über die Aufwertungshypothek vom 18. Juni 1930.

Die Voraussetzungen, unter denen die Aufwertungshypothek bewilligt werden kann, sind in dem Gesetz über die Aufwertungshypothek vom 18. Juni 1930.

Die Voraussetzungen, unter denen die Aufwertungshypothek bewilligt werden kann, sind in dem Gesetz über die Aufwertungshypothek vom 18. Juni 1930.

Amtsverbrechen oder nicht?

Ein Knappten vom Gieseler Arbeitsamtprozek. Vor der Strafkammer des Landgerichts Halle begann heute die Berufungsverhandlung gegen den ehemaligen Gieseler Oberbürgermeister Martin Glauß. Das Schöffengericht Gieseler hatte seinerzeit unter dem Vorsitz des Landgerichtspräsidenten Dr. Siebert (Halle) Glauß wegen Untreue und Amtsverbrechens zu neun Monaten Gefängnis und 400 M. Geldstrafe verurteilt.

Dieses drakonische Urteil hatte damals allgemein überfallen, da nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme mit einem Freispruch gerechnet wurde und selbst der Staatsanwalt eine Strafmilderung gefordert hatte. Glauß, der sich auch als überaus energiegeladener Arbeiter unter der Führung des Gieseler in Gieseler und ihre Verfassung unterliegen haben, um die ungetreuen Angehörigen der Gieseler-Straße zu entfernen, demgegenüber wurde die Beweisaufnahme während des Prozesses nur wenige bezeugende Angaben zutage, denen eine fällige entlastende Zeugenaussagen gegenübersteht.

Die Voraussetzungen, unter denen die Aufwertungshypothek bewilligt werden kann, sind in dem Gesetz über die Aufwertungshypothek vom 18. Juni 1930.

Die Voraussetzungen, unter denen die Aufwertungshypothek bewilligt werden kann, sind in dem Gesetz über die Aufwertungshypothek vom 18. Juni 1930.

Stahl und Blut

Roman von Frank Arnau

Geschrieben von Berlin-Werlag, Babelsberg.
21) (Radbruch verboten.)

„Ein schönes Unglück ist geschehen“, sagte er und seine Stimme klang ein wenig, „aber wir wollen jetzt nicht die Frage aufwerfen, wer für dieses Unglück verantwortlich ist. Ich habe einen Kameraden genannt, der das Opfer dieses Unglücks geworden ist, und ich habe das Unglück über den gesamten Tod mit meiner Verantwortung, aber ich will allen ein wenig zum Trost dienen, um zu beweisen, daß es nach menschlichen Ermessen kaum gelitten hat. Der Mann hinterläßt eine Frau und zwei Kinder. Ich brauche nicht zu sagen, daß die Zeitung alles nicht zum erstenmal in den Gieseler-Kreis in dem materiellen Bereich zu ersten — das heißt sich von selbst. Der Inhalt des Briefes, in dem der Unglückliche den Tod gefunden hat, wird selbstverständlich zurückgelassen.“

„Da kann die Zeitung ja dann einen Kranz auf den Stahlkumpfen niederlegen lassen, und die Witwe und die Kinder können dafür beten“, rief Braunwart, der sich zu Monnard bogen hatte. „Stille! Ich will ein schönes Kreuz in den Blut eingeleiten — friere keine Äpfel — und noch die Dindender.“

„Es ist jetzt wieder die Zeit noch der Maß für solche Reden“, rief Monnard fort — „wir finden das Schicksal nicht ungeheuerlich. Ich bin heute auch jetzt wieder, wie ich weiß, ein Gieseler. Ich werde bei vollem Bewusstsein sterben.“

Der größte Teil der Besatzung folgte dem Inhalt dieser Aufzählung. Einige Duzende blieben noch in ein paar Gruppen stehen und sprachen wieder oder weniger leidenschaftlich über das furchtbare Ereignis. Aber nach ein paar Minuten gingen sie auch ab, nachdem sie hatten, daß die Besatzung eine Besatzungsbefehlsmannschaft einberufen war. Eine Viertelstunde nach dem furchtbaren Ereignis war der Hof leer, waren die Werkstätten gemäß, und das laufende Band setzte sich wieder in Gang.

Monnard hatte den Werkmeister unter den Armen genommen, der Mann schien noch immer nicht ganz bei Besinnung zu sein, und ging mit ihm in die Gießerei.

Hier zeigte sich nun allerdings, daß der Betrieb nicht eingestellt werden darf, daß die Maschinen weiter gearbei-tet hatten. Und daß der Inhalt des Briefes, in dem der taube Martin gestirmt war, bereits zu Stahlplatten bearbeitet war. Schöne, weitläufige Stahlplatten, die nur darauf warteten, weitergearbeitet zu werden.

Hier war nun auch Monnard ein Augenblick rathlos.

Was konnte hier noch geschehen?

Er bereitete sich zum Werkmeister — aber aus dem Munde war kein vernünftiges Wort herauszubringen.

Was entsetzte sich Monnard zu handeln.

Er ließ den Ofen sich vollenden entleeren, die Arbeiter, die sich bei ihm befanden, die Besatzung des Grabes der armen tauben Martin beorderte. Von sterblichen Überresten konnte nicht gesprochen werden.

Das war selbstverständlich ein Verbrechen — aber was sollte sonst geschehen? Man konnte doch nicht die Duzende Arbeiter, die wirklich mit dem Körper des Unglücklichen in Verbindung gekommen, oder in denen der Körper aufgegangen war, bestrafen? Wie konnte man, daß die richtigen doch kaum noch herauszufinden waren.

Die Arbeiter, die sich — obwohl die Gießerei geschlossen werden sollte, schon weil man jeden Augenblick die Gerichtscommission erwarten mußte — einzufrieden hatten, besetzten die Maschinen Monnards mit einem Wächter — er war sich auch klar darüber, daß er sie nicht täuschen konnte.

Aber es war gut, wenn möglichst wenig über die Sache gesprochen wurde.

„Nicht nach Hause, Leute!“ sagte er, „der Tag ist nicht heute, sondern morgen. Ich will nur sagen, daß ein paar Augenblicke hierbleiben, um zuzuhören. Hammer — haben Sie den Vorfall mit angesehen?“

Thomaz, der inzwischen vom Dache wieder heruntergepfiffert war und jetzt dem Direktor zunächst hand, besah ihn nicht ohne einen anderen Blick, die übrigen entfernten sich jedoch.

Nach knapp einer Stunde kam die Polizei — und die Gerichtscommission.

Die Jungen schickten den grauenhaften Vorgang übereinstimmend — ein Unglücksfall! Einer von ihnen wies aber doch darauf hin, daß dieser Hand, besah ihn nicht ohne einen anderen Blick, die übrigen entfernten sich jedoch.

Nach knapp einer Stunde kam die Polizei — und die Gerichtscommission.

Die Jungen schickten den grauenhaften Vorgang übereinstimmend — ein Unglücksfall! Einer von ihnen wies aber doch darauf hin, daß dieser Hand, besah ihn nicht ohne einen anderen Blick, die übrigen entfernten sich jedoch.

Nach knapp einer Stunde kam die Polizei — und die Gerichtscommission.

Hier war nun auch Monnard ein Augenblick rathlos.

Hier war nun auch Monnard ein Augenblick rathlos.

Die Zeitungsbesitzer haben das Gericht überfallen

Die Zeitungsbesitzer haben das Gericht überfallen. Die Zeitungsbesitzer haben das Gericht überfallen.

Am Donnerstag ist es nochmals in der Stadtmitte geschehen. Folgende Straßen werden besucht: Am Rindtor, Rathaus, Wilhelmstraße, Weidenplan, Vorderstraße, Vordereckstraße, Mittelstraße, Unterstraße, Marktplatz, Vögel Straße, Mitterstraße, Marktstraße, Egelstraße, Weidenplan, Kleine Mitterstraße, Große Mitterstraße, Große Mitterstraße, Leipziger Straße, Kleine Marktstraße, Kleiner Sandberg, Am Rindtor, Kleine Mitterstraße, Weidenplan. Die Wagen mit den Nummern 1 bis 10 sind durch die Polizei an der Spitze zu sehen, die den Wagen mit den Nummern 1 bis 10 durch die Polizei an der Spitze zu sehen, die den Wagen mit den Nummern 1 bis 10 durch die Polizei an der Spitze zu sehen.

Welches Recht und Vorgehen

Die Zeitungsbesitzer haben das Gericht überfallen. Die Zeitungsbesitzer haben das Gericht überfallen.

Die Zeitungsbesitzer haben das Gericht überfallen. Die Zeitungsbesitzer haben das Gericht überfallen.

Berechnungen und Berechnungen

Die Zeitungsbesitzer haben das Gericht überfallen. Die Zeitungsbesitzer haben das Gericht überfallen.

Die Augengläser

Brillen-Schmidt

53 Große Ulrichstraße 53

Aus dem Reich der Technik

Grosselektrizitätserzeugung aus Braunkohle

Das neue Werk in Finkenheerd

In stetiger Entwicklung und ohne daß die technisch interessierte Öffentlichkeit bislang viel davon erfahren hätte, ist in der Nähe von Frankfurt a. d. Oder, in Finkenheerd, ein Braunkohlen-Großkraftwerk entstanden, das zu den modernsten Anlagen seiner Art gerechnet werden darf. Die Basis dieses Kraftwerks, das eine Gesamtleistung von 176 000 Kilowatt hat, ist ein Braunkohlenfeld von 11 000 Hektar, in dem ein Kohlenflöz von 10 Meter Mächtigkeit

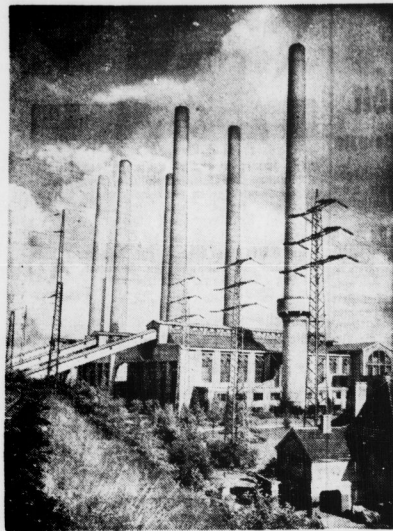
83 Tonnen Dampf je Stunde, können aber bis auf eine Leistung von 115 Tonnen je Stunde gebracht werden. Das ist eine Leistung, die bisher bei Braunkohlenfeldern mit Kofteuerung noch niemals erreicht worden ist. Sie wurde ermöglicht durch die Anwendung zweier Rofte, die mechanisch in der Weise befestigt werden, daß die Braunkohle auf dem Rofte nicht nur langsam vorgefchoben, sondern dabei auch ständig umgewendet wird.

Das Kraftwerk enthält 6 Turbogeneratoren, von denen zwei je 15 000 Kilowatt, zwei weitere je 30 000 Kilowatt, der fünfte 40 000 Kilowatt und der sechste und neueste 46 000 Kilowatt elektrische Leistung erzeugt. Abbildung 2 gibt einen Bild in den 150 Meter langen Maschinenaal des Kraftwerks wieder und zeigt im Vordergrund die große 46 000-Kilowatt-Turbine mit ihrem Generator. Sie arbeitet mit einem Dampfdruck von 35 Atmosphären und einer Dampftemperatur von 435 Grad. Der Generator erzeugt bei einer Spannung von 6000 Volt eine elektrische Leistung von 50 000 Kilowatt. Der Dampf für diese Turbine wird von zwei Kesseln der beschriebenen größten Bauart geliefert. Das Werk besitzt 11 Speleerpumpen mit einer Gesamtleistung von 2530 Kubikmeter in der Stunde. Der Abführung der Rauchgase und Erzeugung des erforderlichen Kesseldruckes dienen 6 Kamine, von denen 5 je 110 Meter hoch sind, während der sechste eine Höhe von 125 Meter besitzt. — Die Generatoren arbeiten ohne besondere Schaltanlage unmittelbar auf die Transformatoren, in denen die Spannung auf 110 000 bzw. 55 000 Volt transformiert wird.

Das Kraftwerk gehört der Märktisches Elektrizitätswerk A.-G., einem Unternehmen der öffentlichen Hand, das die Provinz Brandenburg, ausschließlich der

Stadt Groß-Berlin und die angrenzenden Gebiete mit elektrischer Energie versorgt. Das Versorgungsgebiet umfaßt 48 Stadt- und Landkreise über 3260 Städte und Gemeinden; seine Flächenabdehnung beträgt über 50 000 Quadratkilometer = rund $\frac{1}{3}$ der Fläche des Deutschen Reiches. Neben dem Großkraftwerk Finkenheerd verfügt das genannte Unternehmen noch über eine Anzahl kleinerer Werke, die insgesamt 50 000 Kilowatt liefern. Hierzu kommt noch das Diesellochkraftwerk Hennigsdorf bei Berlin, ein Diesellochkraftwerk, das den Diesellochmotor zum Antrieb der elektrischen Stromerzeugung benutzt. In diesem Werk sind zwei Diesellochmotoren mit zusammen 22 000 PS Leistung aufgestellt. Der Diesellochmotor eignet sich zufolge seiner fetten Betriebsbereitschaft zur Dedung kurzzeitiger „Stromspitzen“. Als solche bezeichnet man den regelmäßig oder auch zuweilen unverhofft eintretenden Wehrbedarf an elektrischer Energie über den normalen Stromverbrauch hinaus.

Wenn man die gesamte Stromerzeugung in der Weise wie die Kraftwerke verteilt, daß der dauernd vorhandene Strombedarf von den Dampfkraftwerken gedeckt wird („Grundlast“) und der darüber hinausgehende je nach der Jahreszeit verschiedene Wehrbedarf von einem rasch betriebfertigen, billigen Kraftwerk, wie es das Diesellochkraftwerk ist, übernommen wird („Spitzenlast“), so erzielt man eine sehr gute Ausnutzung des Dampfkraftwerks, die sich in einer sehr wirtschaftlichen Stromerzeugung auswirkt. Im Jahre 1930 hat das Großkraftwerk Finkenheerd mit einer Benutzungsabauer von 4000 Stunden gearbeitet, d. h. es konnte fast während der Hälfte des Jahres mit voller Leistung betrieben werden. Dadurch war es möglich, die Strompreise so niedrig zu halten, daß selbst unter dem Einfluß der verschlechterten Wirtschaftslage der Strombedarf stieg, so daß es notwendig wurde, die erwähnte sechste Turbine aufzustellen, um über die notwendige Maschinenreserve zu verfügen. Die Bestrebungen zur Erweiterung der Anwendungsgebiete des elektrischen Stromes haben dazu geführt, daß seit einem Jahr in etwa 5000 Haushaltungen des genannten Versorgungsgebietes elektrische Herde im Betrieb sind.

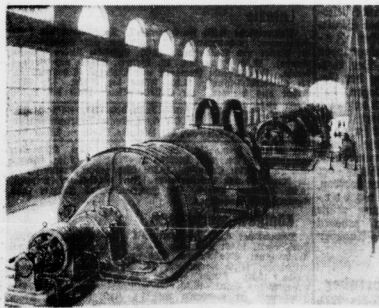


Gesamtansicht des Braunkohlen-Großkraftwerks Finkenheerd mit seinen sechs über 100 Meter hohen Schornsteinen. Links sind die Förderanlagen zu erkennen, mit denen den drei Kesselhäusern die Kohle aus den Reservebunkern zugeführt wird.

vorhanden ist. Die Kohle entstammt dem jüngeren Tertiär, sie ist stüchtig und hat einen Heizwert von 2250 Wärmeeinheiten. Der Wassergehalt beträgt rund 50 Proz. Zur Verfeinerung ist diese Kohle nicht geeignet; auch eine Verfrachtung beträgt sie wirtschaftlich nicht. Die einzige rentable Verwertungsmöglichkeit ist die Verfeuerung an Ort und Stelle in einem Dampftraktwerk zur Elektrizitätserzeugung.

Man gewinnt in Finkenheerd die Kohle in 4 Tiefbaubetrieben und einem Tagebau. Eine normalspurige Verbindungsbahn mit 50-Tonnen-Großraum-Selbstfahrademagen, die von elektrischen Lokomotiven befördert werden, transportiert die Kohle von den Gewinnungsstätten zum Kraftwerk, wo sie von einer 10 Meter hohen Bogenbrücke in die Brecheranlage entladen wird. Aus dieser gelangt sie in die Reservebunker, die durch Transportbänder mit den Kesselhäusern verbunden sind.

In drei Kesselhäusern sind insgesamt 24 Kessel aufgestellt. Die technischen Daten dieser in den letzten 6 Jahren nacheinander zur Aufstellung gelangten Kessel illustrieren den gewaltigen Fortschritt im Bau von Dampfkesseln für Braunkohlenfeuerung. Die ersten 10 Kessel arbeiten mit 20 Atmosphären Dampfdruck und einer Dampftemperatur von 375 Grad. Jeder von ihnen erzeugt in der Stunde 25 Tonnen Dampf und leistet, in elektrischer Energie berechnet, 5000 Kilowatt. Die folgenden 8 Kessel arbeiten mit einem Dampfdruck von 40 Atmosphären und einer Dampftemperatur von 425 Grad; jeder von ihnen liefert stündlich 55 Tonnen Dampf und leistet 12 000 Kilowatt. Die 6 nächsten und neuesten Kessel arbeiten bei gleichem Druck mit 45 Grad Dampftemperatur und erzeugen im Mittel



Die Maschinenhalle des Großkraftwerks Finkenheerd, in der in 6 Maschinengruppen bei maximaler Leistung 176 000 Kilowatt erzeugt werden. Im Vordergrund ein neuerdings in Betrieb genommener Turbogenerator für 46 000 kW

Das Haus der Elektrotechniker

Die Reichshauptstadt ist durch ein neues, architektonisch eindruckvolles Gebäude bereichert worden: das neue Geschäftshaus des Verbandes Deutscher Elektrotechniker konnte in diesen Tagen seiner Bestimmung übergeben werden. Es liegt in Charlottenburg, Bismarck-Edel-Krumme Straße, in sehr vornehmlicher Gegend neben der Städtischen Oper.

Die bezugsreife Lage an der 50 Meter breiten Ausfallstraße, dicht an dem städtebaulich außerordentlich stark be-

bei Aufstellung von Sitzungstischen rund 100 Personen, bei Aufstellung von Stuhlreihen für Vortragszwecke kann etwa die doppelte Anzahl Platz finden. Im 2. Obergeschloß liegen die Büroräume des Elektrotechnischen Vereines sowie der Schriftleitung der „Elektrotechnischen Zeitschrift“ („ETZ“) und eine gemeinsame Bücherei. Im 3. Obergeschloß sind Prüf- und Laboratorien mit zugehörigen Büroräumen untergebracht, im 4. Obergeschloß schließlich weitere zu vermietende Büroräume sowie die Hausmeisterwohnung.



Das neue Geschäftshaus des VDE. (Verband deutscher Elektrotechniker) in der Bismarckstraße in Berlin-Charlottenburg.

halten Opernhausbau, gab Veranlassung, nicht nur der architektonischen Gestaltung des neuen Bauwerkes, sondern auch seiner städtebaulichen Wirkung besondere Sorgfalt zuzuwenden. Neben der stark aufgelösten Front des Opernhauses erschien es angezeigt, als Gegenlag hierzu einen Baukörper von großer Einfachheit hinzustellen. Auch in der Gliederung der Fassaden sowie in der Behandlung ihrer Außenflächen wurden Einfachheit und Schlichtheit angestrebt.

In der Bismarckstraße ist die Front des Gebäudes bis auf einen schmalen Streifen hinter die Bauflucht zurückgesetzt, um auf dem Bürgersteig genügend Verkehrsraum für einen neuen Ausgang der U-Bahn zu behalten. Der in der Bauflucht verbleibende schmale Baukörper wird dadurch im Gegensatz zu dem horizontal gelagerten Hauptbau zu vertikaler Wirkung gebracht. Das Gebäude löst sich von der Häuserflucht, wobei die Edel des Baubildes einen städtebaulich erwünschten Akzent erhält.

Die Gliederung der Fassaden ist ausgesprochen horizontal. Durch ein Vorbach, das um das Gebäude oberhalb der Räden herumläuft, wird diese Gliederung noch besonders betont. Zu ihr steht der vor die Front vortretende, dem Treppenhause vorgelagerte turmartige Vorbau in wirkungsvollem architektonischen Gegensatz. Die Straßenseite ist mit Mischkalk, das Restbild mit Solnhofener Platten verkleidet.

Das Gebäude hat 1 Untergeschloß und 4 Obergeschosse. Die Aufstufungsmöglichkeit für ein 5. Obergeschloß ist vorgesehen. Das 1. Obergeschloß wird von den Büroräumen des VDE. eingenommen. In der Edel liegt, parallel zur Front Krumme Straße, ein großer Sitzungssaal von 20 Meter Länge und 8 Meter Breite. Er kann durch Stüppwände in drei einzelne Säle unterteilt werden. Der ganze Saal hat

Selbsterhändig ist das Gebäude mit allen Betriebs-einrichtungen ausgestattet, deren ein modernes Geschäftshaus bedarf. Kurz erwähnt sei nur: Die Warmwasserheizung wird durch Gegenstromapparate versorgt, die mit Dampf von dem städtischen Fernheizwerk gespeist werden. Für die Regulierung der Heizung ist eine Fernthermometeranlage eingebaut. Der Sitzungssaal hat eine künstliche Belüftung mit Ventilatoren für die Zu- und Abluft. Der Personenanflug ist mit einer rein elektrischen Feinreinigung versehen. Die Laboratorien und Prüfstellen haben einen erweiterten Umfang erhalten und werden mit den neuesten modernen Maschinen und Einrichtungen ausgestattet.

Der architektonische Entwurf des Hauses stammt von Dr.-Ing. e. h. Hans Scharf. Das Bauprogramm ist vom Vertreter des Bauherrn, Direktor Peter Schirp, mit Unterstützung einer Bauprogrammkommission aufgestellt und durchgeführt worden.

Dauerformen für Gußstücke aus Bronze

Die Benoit Car Works, Benoit City, Tenn., benützen zum Herstellen von Gußstücken aus Bronze Dauerformen aus einem harten Gußstahl mit höchstem Festigkeit und 3 bis 3,25 Proz. Gesamtkohlenstoff, davon 0,7 Proz. C gebunden, 0,8 Proz. Si, 0,15 Proz. S, 0,55 bis 0,8 Proz. Mn und 0,5 Proz. P. Der Werkstoff ist beständig gegen Anfrischung und gasdurchlässig. Bevor man die Formen für den Guß stellt, wärmt man sie mittels eines Ofenbrenners auf 120 Grad an, um Feuchtigkeit zu beseitigen. Die Oberflächen der Formen werden dann mit einem Film aus einem Gemisch von Paraffin, Schmieröl und Graphit überzogen.

Die Schiffe am Ufersee

Der Attache, der zum Abder wurde - Das Drama der Julia Reinhard

In St. Georgen am Ufersee wurde vor einigen Tagen der Privatier Max Reinhard von seinem aus Guatemala kommenden Schwager, dem Attache Emanuel Goboy, durch zwei Revolverkugeln getötet. Goboy war der Ansicht gewesen, daß Reinhard seiner Frau Julia - der Schwester Goboy's - nach dem Leben trachtete. Der Mörder wurde zunächst in das Kreisgefängnis Wetzlar eingeliefert. Der guatemaldische Generalkonsul Diaz aus Berlin bemüht sich jetzt um die Auslieferung des Attache's.

Die man Bauern fängt

Max Reinhard, der Ermordete, ist vor einigen Jahren auf das Anwesen einer Zimmermeisterin hin mit seiner Frau in St. Georgen erschienen. Die Bauern machten beim Anblick der schönen nach Paris Mode getriebenen Frau und ihrer prächtigen Kleider große Augen. Die erste Frage des mittrauischen Bürgermeisters, was der Fremde gerade in St. Georgen suche, antwortete Reinhard, daß er sich im Klima der Gegend von einer alten Tropenkrankheit erholen wolle. Reinhard, der am Tage spielen ging aber las, hatte sich aber trotz des Klimages, den ihm das Wort „Tropen“ bei den Bauern eintrachte, im Ort bald möglichem Gemacht. Über dann zeigte er eines Tages dem Dorfarzt Dr. Graal den Arztschein einer ausländischen Bank auf etwa 1 Million Dollar, sprach auch noch von seinem der Reinhard, dem sein Frau - und so geschah es doch, daß schließlich die Achtung vor ihm fiel. Als er dann bei der Geburt eines Sohnes eine Rindkuhe mit Weiß und Fehrbau besaß, war die Sympathie für Herrn Reinhard unübersehbar.

Die Weisung der Eigenerin.

Aus nicht ganz geklärt Gründen überließ Reinhard nicht lange danach nach dem Starnberger See. Als hier seine Frau für dreites Mal erkrankte, wußte er sie damit zu unterhalten, daß er für jeden Tag ein kleines Geschenk brachte. Sie ihm gewöhnlich, seine Frau werde bei der dritten Erkrankung sterben. Als die Wirtin ihn einmal auf sein wenig feierliches Verhalten aufmerksam machte, sagte er: „Soil das Schicksal über mich sein!“

Kurz vor der Geburt erreichte es die Bekannte der Frau Reinhard, daß ihr Mann mit ihr wieder nach St. Georgen zog. Dort kam Frau Julia nieder, erkrankte aber bald darauf schwer. Zur Behandlung wurde nun Herr Dr. Graal aus St. Georgen herbeigeholt, der jedoch der besondere Vertrauen Reinhard's war. Er weigerte sich konsequent, einen anderen Arzt zur Behandlung der für eine Wöchnerin besonders gefährlichen Lungen-erkrankung zuzulassen, und auch Reinhard selbst unterließ es, Herrn Dr. Graal in der Behandlung, die bei der Angewandtheit eines anderen Arztes absolut notwendig ist.

„Gott hat dich mir geschildert!“

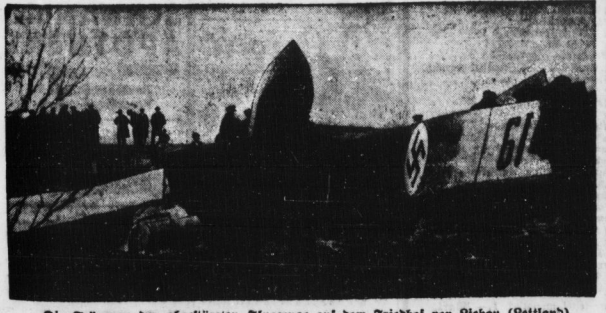
Wer die kommt häufig und unermüdet bringe Wunsch aus Guatemala, der seiner Schwester Briefe über geschrieben hatte, die aber nicht ihren Empfänger erreichten - Reinhard ist aber oft gesehen worden, wie er im Wägen der Post spazieren ging und Briefe in seine Schatulle steckte.

„Denn ist er aber selbst gekommen, ein verpacktes Schreiben seiner Schwester hat ihn nach St. Georgen geführt. Um 7 Uhr abends trat er unangemeldet in das Krankenzimmer und findet - eine Sterbende. Sie empfängt den Bruder mit den Worten: „Gott hat dich mir geschildert, rette mich!“

Goboy ist verheiratet, doch nicht, was er begehrt, so - da kommt Reinhard. Scheinbar ist Reinhard wohl erfreut, den Schwager zu sehen. In dem er nicht unterwirft, um ihn möglichst bald wieder loszumachen; um jeden Preis will er ihm im Haushalt ein Zimmer bestellen - aber Goboy bleibt. Neben dem Bett der Schwester läßt er sich ein Lager richten, und in der Nacht schließt er die Bekannte wiederholt zu dem selbst unbesorgten Dr. Graal, der ihm sofort einen Professor aus dem nahen Salzburg befragen soll. Dr. Graal denkt gar nicht daran, sich an die Werbung zu halten; er handelt damit auch ganz im Sinne Reinhard's, der sich zur Bekannte über Goboy mit den Worten äußert: „So ein verdächtig Kerl!“

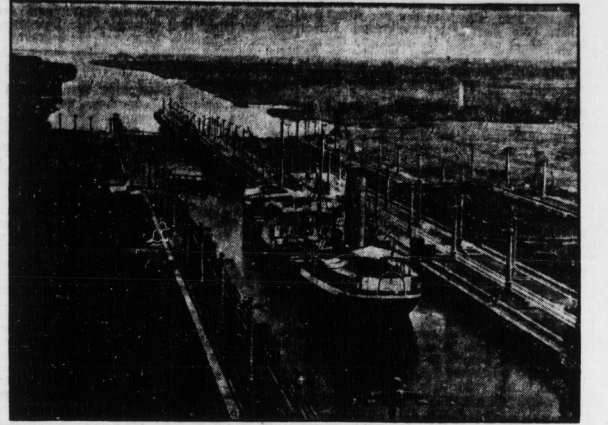
Goboy zieht den Revolver aus dem Umarmung, er soll fort kommen - in unerklärlicher Ruhe antwortet er: „Na, ich werde erst so um 9 Uhr kommen.“ Er tut's auch gewandt waren.

Die schwere Fliegerkatastrophe in Liebau



Die Trümmer der abgelenkten Flugzeuge auf dem Friedhof von Liebau (Pottland). Bei einem Unfallsflug letzlicher Art verunglückte hierhin zwei Maschinen in 800 Meter zusammen und stürzten in die Tiefe. Die sechs Besatzungen der beiden Flugzeuge wurden getötet. - Das Katastrophen scheint auch Zeichen der künftigen Nationalkatastrophe zu sein. Hier, was sagst du nun?

Der Panama-Kanal wegen Erdrutschgefahr gesperrt



Wochenlange Gewitterhitze haben das Erdreich an den Ufern des Panama-Kanals so gesodert, daß die schwere Gefahr eines Erdrutschs besteht. Der Kanal mußte deshalb zum erstenmal seit seiner Inbetriebnahme gesperrt werden. Der Warenverkehr zwischen der Ost- und Westküste von Nord- und Südamerika ist dadurch erheblich beeinträchtigt worden.

Stlacet-Aufregung

In der Dienstwohnung des Berliner Stlacet-Prozesses erlitt der angelegte frühere Bürgermeister Robt ein Nervenzusammenbruch, als sein Vertreter, Rechtsanwalt Strauch, ein die Verhandlungsfähigkeit Robts absprechendes Gutachten von Prof. Schmidt vorlegte. Es kam zu einem lebhaften Aufstand. Der Staatsanwalt beabsichtigte Strauch den Versuch, die Verhandlung zu sabotieren. Strauch bezieht eine solche Absicht nach längerer Pause konnte die Verhandlung mit der Erneuerung des angelegten früheren Stadtschreibers Salomonits fortgesetzt werden. Die Anklage wird Salomonits vor, daß er sich durch Falschheit und Falschheiten zu Nichtwahrheiten habe verleiten lassen. Salomonits sagte, daß er für die von den Stlacet besorgenen Werten korrekte Kalkulationspreise bezahlt habe (75 Mark für einen Anzug). „Bestrafungsgelder“ wird er nicht erhalten haben. Die auf sein Konto bezugsstimmten seinen Wertgegenstände gemessen.

Beurteilter Bankier

Rom Schöffengericht Berlin-Mitte wurde der 46 Jahre alte Bankier Adolf Schurins, der Inhaber des vor etwa einem Jahre zusammengebrochenen Berliner Bankhauses Schurins, Dörmann & Co., wegen Depotunterschlagung und Untreue zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt; für 6 Monate erhielt der Angeklagte Bewährungsfrist. Die erfüllten 11 Monate Untersuchungshaft wurden angerechnet. Insgesamt hat der Angeklagte seine Gläubiger um 350 000 Mk. geschädigt.

Sensationeller Buchverkauf

Ein Londoner Buchhändler hat an einen unbekannten Käufer ein Exemplar der von Johann Gutenberg im Jahre 1455 in Mainz gedruckten Bibel verkauft, von der in der ganzen Welt nur etwa 40 Exemplare vorhanden sind. Verkaufspreis: eine halbe Million Mark.

Schmuggler-Schicksal

An der polnisch-österreichischen Grenze wurde ein polnischer Bauernsohn von Zollhändlern auf der Flucht erfaßt. Der Junge wollte ein Pferd über die polnische Grenze schmuggeln.

Solidarität mit den Wörtern

In Hamburg stehen drei Nationalsozialisten vor Gericht, die das kommunistische Bürgerrechtsmitglied Henning ermordet und den kommunistischen Scheinrich schwer verwundet haben. Der Prozeß läuft seit mehreren Tagen. Die „Aktion“ hat sich eifrig bemüht, die Tatbestände zu verunkeln und ihre Solidarität mit den Wörtern zu zeigen. Eine Berichter über angebliche Unfairheiten, über Vorwürfe der Verleumdung, über Widerprüfe des Nebenklägers, nur nichts über die brutalen Tatbestände selber. Die Arbeiter systematisch darauf los, den Eindruck zu erwecken, daß die nationalsozialistischen Angeklagten, ebenso zu Unrecht verurteilt seien, wie Graf Helldorf. Die Folgen dieser Berichterstattung haben sich bereits gezeigt. Eine Anzahl hat den Gericht geschrien, während ihre anderen Berichte vor, daß er bei dem Unfallsfall kein geländes Auge verloren habe, in Wahrheit habe ihm ein kommunistischer Parteigenosse das frische Auge herausgeschossen, damit er den Schwerverwundeten spielen könne. Schließlich werden wir noch die Resonanz hören, daß ein

W-Dampfer untergegangen

Die Robustion in Bordeaux hat am Dienstag einen Panzerschiff des Dampfers „Georgis“ aufgefunden, nach dem sich das Schiff im Atlantischen Ozean in Seemot befindet. Einige Zeit später erhielt ein postler Dampfer funktionsfähig mit, daß er einen Teil der Besatzung der „Georgis“ geendet habe. Seit dieser Nachricht fehlt von dem in Seemot befindlichen Schiff jede Spur. Man vermutet jedoch, daß die mehr als 100 Personen betragende Besatzung des Schiffes ertrunken ist.

Gerichtsvollzieher erschossen

In Neuchâtel bei Jell a. S. hat der Bankrott-Klerikale der Gerichtsvollzieher Bürger aus Offenbach (Hessen) erschossen. Friger wollte ein gepfändetes Raub zur Vertheigerung abholen. Nach der Tat hielt sich Fuchler, der als gewalttätig bekannt ist, in seinem Hause verfangt.

U-Boot-Vertheigerung

Auf Veranlassung des französischen Marine-Ministeriums sollen fünf durch Neubauten erzielte französische U-Boote öffentlich versteigert und verwandelt werden. Zwei von den fünf U-Booten gehörten der ehemaligen deutschen Kriegsmarine an. Es sind die Boote „U 162“ und „U 139“.

